

# Fraktion GRÜNE

## In der Gemeindevertretung Zeuthen

vertreten durch die Fraktionsvorsitzende Anika Darmer



### Interne Nummer

2022-04

### Beschlussvorlage

n.n.

### Eingereicht für

Gemeindevertretung 17.3.2022

### Titel

Landesstraßen und Tunnel – das Land muss endlich Farbe bekennen

### Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister das Infrastrukturministerium Brandenburg anzuschreiben. Es wird eine Stellungnahme zum Fortgang wichtiger Infrastrukturvorhaben sowie konkrete Vorschläge zur Lösung der dringlichsten Probleme erbeten. Konkret erwähnt werden soll dabei

- die Schaffung weiterer niveaufreier Bahnkreuzungen im Bereich zwischen Wildau und Eichwalde
- den Ausbau des nördlichen Abschnittes der L401
- eine Kreisverkehrslösung im Bereich L402-Forstweg/Miersdorfer Chaussee

Weiterhin soll erfragt werden, ob eine Förderung des Straßenausbaus des Wildauer Westkorso OHNE eine dort sinnvolle und bauliche verhältnismäßig einfach umsetzbare Tunnellösung durch das Land Brandenburg zu erwarten ist.

Eine Einladung an Mitarbeiter den Minister für Infrastruktur bzw. des Infrastrukturministeriums soll ferner dazu beitragen, vor Ort die Probleme genauer erläutern zu können.

### Begründung

Die Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit - und damit auch die Planungshoheit - der Kommunen werden zunehmend durch externe Einflüsse beschränkt. Einen wesentlichen Einfluss darauf haben Entscheidungen des Landes Brandenburgs im Bereich der Landesstraßen als auch durch zusätzliche Nahverkehrs-Bestellungen bei der S-Bahn-Berlin GmbH und der DB Regio Nordost. Letztere führen ab Oktober 2021 zu deutlich verlängerten Schließzeiten der Forstweg-Schranke, dem zentralen Nadelöhr in der Gemeinde.

Die Gemeinde Zeuthen hat mit der Deutschen Bahn AG/DB Netz AG bereits in einer Studie nach möglichen Lösungen – konkret einem Tunnel- oder einer Brücke – gesucht. Die am einfachsten umsetzbare Lösung im Bereich der Westkorso-Schranke liegt (trotz Beginn und Ende der Straße in Zeuthen) im Stadtgebiet Wildau. Leider versperrt sich die Stadt Wildau gegen diese Lösung, u.a. mit Verweis auf erwartete Fördermittel des Landes Brandenburgs, die für einen geplanten Ausbau der Straße ohne Tunnel beantragt wurden.

Auch andere dringende Lösungen, zum Beispiel zur Schulwegsicherung, werden vom Landesbetrieb Straßenwesen verschoben - mit Verweis auf die fehlende Entscheidung zur zukünftigen Bahnquerung.

Das Land Brandenburg muss endlich Farbe bekennen und erklären, wann wichtige Infrastrukturvorhaben im Zusammenhang mit Landesstraßen umgesetzt werden. Zudem muss das Land selbst eine Tunnellösung gegenüber der Bahn einfordern, um sicherheitsrelevante Verkehrsstaus im Gemeindegebiet zu vermeiden.